



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

im Rat der Stadt Hilden

Gerresheimer Strasse 26
40721 Hilden

Tel.: 02103/46110
Fax: 02103/360246

E-mail: gruene.hilden@online-club.de

Hilden, den 25. Februar 2005

Antrag zum Haushalt 2005

Verwaltungshaushalt / Vermögenshaushalt

Seite: 93ff /
Haushaltsstelle: 46xx.xxxx
Einrichtung der Jugendpflege

Antrag:

Die Verwaltung hat ein Konzept für die Betreuung von Kindern unter drei im Fachausschüssen vorgestellt.

Zusätzlich zu den von der Verwaltung für die Realisierung ihres Konzeptes ermittelten Kosten von 252.000€ werden im Haushalt 2005 136.000€ für die Einrichtung von vier weiteren Betreuungsnestern bewilligt.

Die Haushaltsmittel sind unter den entsprechenden Haushaltsstellen bereitzustellen.

Begründung:

Das Interesse der Eltern an Betreuungseinrichtungen von Kindern unter drei ist sehr groß.

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Betreuungsnester befinden sich fast ausschließlich in der Stadtmitte. Damit ein bedarfs- und flächendeckendes Angebot zur Verfügung gestellt werden kann, ist die Einrichtung von weiteren Betreuungsnestern (im Süden, Norden und Westen der Stadt) erforderlich.

gez.
Anne Gronemeyer

gez.
Susanne Vogel



Gerresheimer Strasse 26
40721 Hilden

Tel.: 02103/46110
Fax: 02103/360246

E-mail: gruene.hilden@online-club.de

Hilden, den 25. Februar 2005

Antrag zum Haushalt 2005

Vermögenshaushalt

Seite: 12 / 48
Haushaltsstelle: 2100.000.9401 / 4608.000.9400
Spielgeräte auf Schulhöfen / Geräte für Kinderspielplätze

Antrag:

Für den Ersatz der bereits wegen mangelnder Sicherheit abgebauten Spielgeräte werden vor Genehmigung des Haushaltes Mittel freigegeben.

Begründung:

Es sind wegen großer Sicherheitsmängel vom Bauhof einige Spielgeräte abgebaut worden. Deren Ersatz ist im Haushalt 2005 veranschlagt. Der Haushalt wird aber dieses Jahr erst im Sommer rechtskräftig werden. Damit die Spielplätze auch in diesem Jahr voll genutzt werden können, sollten die Spielgeräte bereits in Frühjahr ersetzt werden.

gez.
Anne Gronemeyer

gez.
Harald Hopfinger



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

im Rat der Stadt Hilden

Gerresheimer Strasse 26
40721 Hilden

Tel.: 02103/46110
Fax: 02103/360246

E-mail: gruene.hilden@online-club.de

Hilden, den 22. Februar 2005

Antrag zum Haushalt 2005
Vermögenshaushalt

Seite: 23ff
Haushaltsstelle: 3xxx.xxx.xxxx neu
Umzug Artothek

Antrag:

Die Artothek zieht 2005 in die Stadtbücherei um. Für den dafür erforderlichen „Schrank“ sind die seinerzeit ermittelten 40.000€ bereitzustellen.

Begründung:

Der Kulturausschuss hat sich in zwei Sitzungen mit dem Thema Artothek beschäftigt und einem Umzug in die Stadtbücherei zugestimmt.

Damit die Bilder dort zugänglich sind aber auch ausreichend geschützt werden ist die Anschaffung eines speziellen Schrankes erforderlich.

gez.

Beatrix Falkenberg



Gerresheimer Strasse 26
40721 Hilden

Tel.: 02103/46110
Fax: 02103/360246

E-mail: gruene.hilden@online-club.de

Hilden, den 25. Februar 2005

Antrag zum Haushalt 2005

Vermögenshaushalt

Seite: 74
Haushaltsstelle: 6300.000.9606
Förderung des Fahrradverkehrs

Antrag:

Im Haushalt sind für 2005 10.000€ bereitzustellen. Die nicht verausgabten Mittel aus 2004 (10.000€) sind zu übertragen.

Begründung:

Zur Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans ist ein kontinuierlicher Ausbau des Radwegenetzes erforderlich.

gez.
Susanne Vogel

gez.
Klaus-Dieter Bartel



Gerresheimer Strasse 26
40721 Hilden

Tel.: 02103/46110

Fax: 02103/360246

E-mail: gruene.hilden@online-club.de

Hilden, den 25. Februar 2005

Antrag zum Haushalt 2005

Vermögenshaushalt

Seite: 75
Haushaltsstelle: 6310.113.9601
Maßnahmen im Bereich Kronengarten

Antrag:

Die im Haushalt 2005 veranschlagten Mittel in Höhe von 15.000€ und die VE für 2006 (330.000€) sind zu streichen.

Begründung:

Die am Kronengarten geplanten baulichen Maßnahmen sind nicht in ausreichendem Maß für eine Aufwertung des Straßenzuges und der oberen Innenstadt geeignet.

gez.
Susanne Vogel

gez.
Klaus-Dieter Bartel



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

im Rat der Stadt Hilden

Gerresheimer Strasse 26
40721 Hilden

Tel.: 02103/46110
Fax: 02103/360246

E-mail: gruene.hilden@online-club.de

Hilden, den 21. Februar 2005

Antrag zum Haushalt 2005

Vermögenshaushalt

Seite: 92
Haushaltsstelle: 6330.027.9603
Weiterführung Umgehungsstraße
Düsseldorfer Straße - Hülsenstraße

Antrag:

Die im Haushalt 2005 veranschlagten Mittel in Höhe von 30.000€ sind zu streichen. Die bereits in 2004 außerplanmäßig bereitgestellten 20.000€ für die Erstellung der Entwurfsplanung sind dem Haushalt wieder zuzuführen.

Begründung:

Die geplante Straße ist ökologisch und ökonomisch nicht zu vertreten. Die durch Gutachten belegten „Entlastungen“ rechtfertigen den geplanten Bau mit den damit verbundenen Kosten für die Stadt Hilden nicht.

gez.
Susanne Vogel

gez.
Klaus-Dieter Bartel



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

im Rat der Stadt Hilden

Gerresheimer Strasse 26
40721 Hilden

Tel.: 02103/46110
Fax: 02103/360246

E-mail: gruene.hilden@online-club.de

Hilden, den 21. Februar 2005

Antrag zum Haushalt 2005

Vermögenshaushalt

Seite: 97
Haushaltsstelle: 6700.000.9600
Lichtplanung Innenstadt

Antrag:

Die im Haushalt 2005 veranschlagten Mittel in Höhe von 40.000€ sind zu streichen.

Begründung:

Die Realisierung eines Lichtkonzeptes für die Innenstadt wird die Attraktivität Hildens als Einkaufsstadt nicht erhöhen. Hier sind ein ausgewogenes Warenangebot und eine ansprechende Gastronomie gefragt. Gerade in der umsatzstarken Zeit vor Weihnachten steht die geplante Beleuchtung in direkter Konkurrenz zur Weihnachtsbeleuchtung.

Eine zukunftsorientierte Allgemeinbeleuchtung kann von der Verwaltung geplant werden.

gez.
Susanne Vogel

gez.
Klaus-Dieter Bartel



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

im Rat der Stadt Hilden

Gerrésheimer Strasse 26
40721 Hilden

Tel.: 02103/46110
Fax: 02103/360246

E-mail: gruene.hilden@online-club.de

Hilden, den 21. Februar 2005

Antrag zum Haushalt 2005

Vermögenshaushalt

Seite: 100
Haushaltsstelle: 6810.409.9870.
Robert-Gies-Straße
Zuschuss Parkhaus

Antrag:

Die im Haushalt 2005 als VE für 2006 veranschlagten Mittel in Höhe von 550.000€ sind zu streichen.

Begründung:

Im Innenstadtbereich stehen ausreichend Parkplätze zur Verfügung. Das ehemalige Hertie-Parkhaus ist selbst samstags nie belegt. Bevor an die Schaffung neuer Parkflächen – verbunden mit hohen Kosten für den städtischen Haushalt – gedacht wird, sollten die bestehenden Parkflächen aufgewertet werden. Dann werden sie auch wieder mehr genutzt.

gez.
Susanne Vogel

gez.
Ellen Reitz



Gerresheimer Strasse 26
40721 Hilden

Tel.: 02103/46110
Fax: 02103/360246

E-mail: guere.hilden@online-club.de

Hilden, den 25. Februar 2005

Antrag zum Haushalt 2005

Vermögenshaushalt

Seite:

Haushaltsstelle: 8800.neu
Bauliche Bestandsaufnahme Bahnhof

Antrag:

Im Haushalt 2005 werden für die notwendige bauliche Bestandsaufnahme des Bahnhofsgebäudes 16.000 € bereitgestellt.

Begründung:

Wie in der Bahnhofskommission am 16.02.05 von der Verwaltung erläutert, ist eine gesicherte Kostenermittlung für Umbau- und Wiederherstellungsmaßnahmen des Bahnhofes erst nach einer umfassenden baulichen Bestandsaufnahme möglich.

Sie ist Voraussetzung für eine wirtschaftliche Beurteilung möglicher Nutzungskonzepte und daher umgehend in Auftrag zu geben.

gez.

Susanne Vogel

gez.

Klaus-Dieter Bartel



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

im Rat der Stadt Hilden

Gerresheimer Strasse 26
40721 Hilden

Tel.: 02103/46110
Fax: 02103/360246

E-mail: gruene.hilden@online-club.de

Hilden, den 25. Februar 2005

Antrag zum Haushalt 2005

Vermögenshaushalt

Seite:

Haushaltsstelle: 8800.neu
Ankauf des Bahnhofsgebäudes

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen mit den jetzigen Besitzern des Bahnhofsgebäudes fortzuführen mit dem Ziel diesen zu kaufen. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushalt 2005 bereitzustellen.

Begründung:

In der Sitzungsvorlage IV/61.1 (Bahnhofscommission am 16.02.05) spricht die Verwaltung von einem „gravierenden städtebaulichen Missstand“ des Bahnhofsgebäudes. Dem ist nichts hinzuzufügen.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass eine Renovierung des denkmalgeschützten Gebäudes verbunden mit einer standortverträglichen Nutzung nur unter städtischer Regie möglich ist.

gez.

Susanne Vogel

gez.

Klaus-Dieter Bartel

Antrag / Anfrage

Sitzung des Rates	vom
Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses	vom
Sitzung des	vom

Die CDU-Fraktion beantragt, für das geplante Sportförderkonzept der Stadt Hilden im Haushalt 2005 einen Betrag in 18.000,- € bereitzustellen.

Begründung:

Im Hinblick auf die Haushaltsplanberatungen 2005 hat die CDU-Fraktion der Verwaltung den Auftrag erteilt, ein Sportförderkonzept für die Stadt Hilden zu erstellen.

Dieses Konzept soll dem Ausschuss für Schule, Sport und Soziales in seiner nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Um mit der Umsetzung dieses Konzeptes in 2005 beginnen zu können, ist es notwendig, einen Haushaltsansatz für das Jahr 2005 bereitzustellen.

Die Haushaltsstelle soll mit einem HV6-Vermerk versehen werden. Zur Finanzierung kann die Minderausgabe beim Gutachten für die Gründung einer Anstalt Öffentlichen Rechts Bauhof herangezogen werden.



Claudia Schlottmann

Hilden, den 25. Februar 2005

Antrag / Anfrage

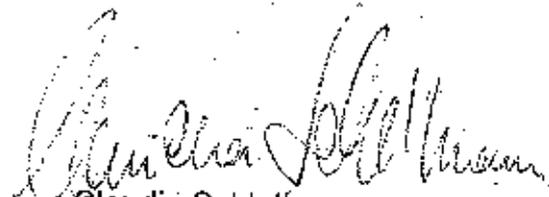
Sitzung des Rates	vom
Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses	vom
Sitzung des	vom

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag, in den Haushalt 2005 150.000,- € für die Einrichtung von Betreuungsplätzen von 0 bis 3 Jahren bereitzustellen.

Begründung:

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2004 hat die CDU-Fraktion den Antrag zur Bedarfsermittlung der Betreuung von 0 bis 3 gestellt. Das Ergebnis dieser Bedarfsermittlung ist uns in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgestellt worden und hat gezeigt, dass hier Handlungsbedarf für die Stadt Hilden gegeben ist. Vor dem Hintergrund der unklaren Beteiligung des Landes an den Kosten dieser Betreuungsplätze soll die Haushaltsstelle mit einem HV6-Vermerk versehen werden.

Zur Finanzierung kann der Minderbedarf bei der Kreisumlage herangezogen werden, da der vom Kreis angesetzte Prozentsatz nicht 45 %, sondern 44,8 % beträgt. Darüber hinaus hat die CDU-Fraktion beantragt, auf das Gutachten für die Gründung einer Anstalt Öffentlichen Rechts Bauhof zu verzichten.



Claudia Schlotmann

Hilden, den 25. Februar 2005

22. Februar 2005

Antrag**zum Haushaltsplan-Entwurf 2005****Betr.: Verwaltungshaushalt
Zuschussbudget „Jugendförderung“**

1. Das Zuschussbudget wird um 15.000 € auf 902.410 € erhöht.
2. Im Rahmen des Zuschussbudgets werden die Personal- und Sachkosten bereitgestellt, die für die Erweiterung der Öffnungszeiten in einer Jugendfreizeiteinrichtung um einen Wochentag – z. B. samstags – benötigt werden.

Begründung:

Mit SV 51/05 hatte die Verwaltung dem Jugendhilfeausschuss das Ergebnis einer Umfrage des Jugendparlaments an allen weiterführenden Schulen vorgelegt. Mit dieser Umfrage sollten die aktuellen Wünsche der Jugendlichen abgefragt werden.

Ein Ergebnis dieser Umfrage war der Wunsch der Jugendlichen, auch am Wochenende in einer Jugendfreizeiteinrichtung ein regelmäßiges Angebot zu erhalten. Die Erweiterung der Öffnungszeiten in einem Jugendtreff um einen Wochentag (samstags) würde laut Auskunft der Verwaltung zusätzliche Mittel in Höhe von rd. 15.000 € kosten.

Die „Bürgeraktion Hilden“ schlägt deshalb vor, dieser Anregung der befragten Jugendlichen zu entsprechen und das Zuschussbudget zu erhöhen. Damit würde zugleich zum Ausdruck gebracht, dass die Stadt die Anregungen des Jugendparlaments auch dann ernstnimmt, wenn diese nur mit zusätzlichen finanziellen Mitteln umgesetzt werden können. Damit würde das Jugendparlament deutlich aufgewertet werden.

Tina Korte, sachkundige Bürgerin

22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Verwaltungshaushalt
Unterabschnitt 0000 – Gemeindeorgane
Haushaltsstelle 0000.5702 – Paten- und Partnerschaften

Die Ausgaben für „Paten- und Partnerschaften“ werden nicht erhöht, sondern um 5.000 € auf 15.000 € gekürzt.

Begründung:

Die Verwaltung begründet die Erhöhung des Ansatzes unter anderem mit größeren Delegationen und einem Personalaustausch mit Nové Mesto, der „etwas länger“ andauern soll.

Wie die BA-Fraktion bereits vorgeschlagen hat, könnten Delegationen in die Partnerstädte ohne Substanzverlust verkleinert werden, wenn Ausschussvorsitzende und stellvertretende Bürgermeister auf die Fraktionen angerechnet würden, denen sie als Ratsmitglieder angehören.

Der völlig überraschend, allerdings nicht über die Lokalpresse angekündigte „etwas länger andauernde Personalaustausch“ mit der tschechischen Partnerstadt könnte – sofern seine Notwendigkeit gegeben wäre – aus der Haushaltsstelle 0000.5704 „Unterstützung Partnerstadt Nové Mesto“ finanziert werden, die auch in 2005 mit 6.000 € ausgestattet werden soll.

Für die Fortsetzung des Personalaustauschs mit China hat der Bürgermeister – wie man den Erläuterungen zur Haushaltsstelle entnehmen kann – keine Mittel beantragt.



Franz Schnitzler, sachk. Bürger

22. Februar 2005

Antrag**zum Haushaltsplan-Entwurf 2005****Betr.: Verwaltungshaushalt****Unterabschnitt 0000 – Gemeindeorgane****Haushaltsstelle 0000.7181 – Zuschuss an den Ring Politischer Jugend**

Der Zuschuss an den „Ring Politischer Jugend“ in Höhe von 4.000 € wird gestrichen.

Begründung:

Laut schriftlicher Auskunft der Verwaltung vom 10. April 2000 sind im „Ring Politischer Jugend“ die Jugendorganisationen der im Rat vorhandenen politischen Parteien vertreten. Ein Statut bzw. eine Satzung des RPJ ist laut Aussage der Verwaltung „nicht bekannt“. Welche Jugendorganisationen politischer Parteien im Rat dem RPJ angehören, hat die Verwaltung nicht mitgeteilt.

Der RPJ ist auch im Jahr 2004 öffentlich nicht in Erscheinung getreten. Die politischen Jugendorganisationen der Parteien haben auch im Jahre 2004 keine öffentliche Rechenschaft über die Verwendung dieses Zuschusses abgelegt. Die finanzielle Unterstützung des Parteinachwuchses ist keine städtische Aufgabe.

Der Haushaltsansatz von 4.000 € kann ersatzlos gestrichen werden.

Peter Dahm-Korte, Ratsmitglied

22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Verwaltungshaushalt
Unterabschnitt 0000 – Gemeindeorgane
Haushaltsstelle 0000.7185 – Bürgerschaftliches
Engagement/Ehrenamtspass

Die Haushaltsstelle mit einem Ausgabeansatz in Höhe von 25.000 € wird gestrichen.

Begründung:

Dem Bürgermeister stehen in diesem Jahr 13.000 € für „Ehrenpreise und Geschenke“, 20.000 € (+ 500 €) für „Allgemeine Repräsentation“ und 2.600 € „Verfüugungsmittel“ zur Verfügung, um sich den Bürgerinnen und Bürgern nachhaltig in Erinnerung zu rufen. Ein Bedarf an weiteren oder zusätzlichen Geldern aus dem Haushalt der Stadt ist vom Bürgermeister in der Vergangenheit nicht geltend gemacht worden.

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Der vom Bürgermeister vorgeschlagene Weg besteht jedoch darin, ehrenamtlich Tätigen finanzielle Vorteile zu verschaffen.

Die beste Förderung bürgerschaftlichen Engagements wäre die Schaffung von Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Auf diesem Gebiet ist in Hilden ein großer Nachholbedarf vorhanden, der allerdings ohne großen Kostenaufwand gedeckt werden könnte:

So stimmte Bürgermeister und Ratsmehrheit unter anderem:

- **gegen** eine Anhörung der Vereine und Verbände zum Haushaltsplan 2003;
- **gegen** die Aufstellung von Schaukästen für Bebauungsplanentwürfe in den Stadtteilen;
- **gegen** eine Satzung, die es gestattet, in Hilden Bürgerentscheide durchzuführen;
- **gegen** eine Einwohnerversammlung in der Nordstadt zum Thema „Olympia-Baseballstadion“.

Statt einzelne in besonderer Weise zu bevorzugen, wie dieses der Bürgermeister offensichtlich beabsichtigt, sollten die 25.000 € dafür verwendet werden, soziale Initiativen zu fördern und zu unterstützen.


Udo Weinrich, Ratsmitglied

22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Verwaltungshaushalt
Unterabschnitt 0200 – Hauptamt
Haushaltsstelle 0200.5621 – Fortbildung Bürgermeister/Dez. I

Die Ausgaben für Fortbildung werden um 2.000 € auf 20.000 € gekürzt.

Begründung:

Durch die Kürzung werden die Ausgaben wieder auf den durchschnittlichen Haushaltsansatz vergangener Jahre begrenzt: So waren 2002 für Fortbildung 19.700 € veranschlagt worden; 2003 betrug das Rechnungsergebnis rd. 19.500 €. Lediglich 2004 – im Jahr der Kommunalwahl – stiegen die Ausgaben auf rekordverdächtige 27.000 €.

Unter Berücksichtigung der im Haushalt 2005 zu finanzierenden Mehrbelastungen aus „Hartz IV“ sollten alle Einsparmöglichkeiten genutzt werden. 2005 sollte auch der Bürgermeister ein klares Sparsignal setzen.

Udo Weinrich, Ratsmitglied

22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Verwaltungshaushalt
Unterabschnitt 0300- Gemeindeorgane
Haushaltsstelle 0300.6502 - Sachkosten Bürgerhaushalt

Die Ausgaben werden um 3.000 € auf 2.000 € gekürzt.

Begründung:

Die „Bürgeraktion Hilden“ war von Anfang an sehr daran interessiert, das Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ zum Erfolg zu führen:

- So war die „Bürgeraktion Hilden“ die einzige Fraktion, die vor Verabschiedung des Haushaltsplans 2003 Anregungen der Bürgerinnen und Bürger im Rat zur Abstimmung stellte. Leider wurden diese Anregungen am 9. April 2003 auch vom Bürgermeister ausnahmslos abgelehnt.
- Die „Bürgeraktion Hilden“ war auch die einzige Fraktion, die zum Haushalt 2003 das Projekt um eine Anhörung der Vereine und Verbände aus Hilden erweitert wollte.

Wir stellen Jahr für Jahr fest, dass die Verwaltung den kommunalen Bürgerhaushalt als ein „Geschäft der laufenden Verwaltung“ behandelt, von dem Rat der bestenfalls Kenntnis nehmen, das er aber nicht aktiv mitgestalten kann. Die Auftaktveranstaltung findet in einem immer kleineren Rahmen statt und wird kaum von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der etablierten Vereine und Verbände besucht. Begleitveranstaltungen, wie z. B. Bustouren, finden nur sehr geringes Interesse oder fallen sogar ganz aus. Anregungen der Bürgerinnen und Bürger werden im Haupt- und Finanzausschuss im „Schweinsgalopp“ erledigt, d. h. abgelehnt.

Bürgermeister und Verwaltung stellen den kommunalen Bürgerhaushalt als ihr Angebot an die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt dar. Die aus öffentlichen Mitteln finanzierte Broschüre zum Bürgerhaushalt verwischt die Entscheidungsebenen. Sie ist eine reine PR-Veranstaltung des Verwaltungschefs und damit überflüssig.

2.000 € sollten ausreichen, um die Auftaktveranstaltung zu finanzieren.

Udo Weinrich, Ratsmitglied

22. Februar 2005

Antrag

zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Verwaltungshaushalt

Unterabschnitt 2000 – Allgemeine Schulverwaltung

Haushaltsstelle 2000.000.6502 – Schulentwicklungsplanung

An die Haushaltsstelle mit Ausgaben in Höhe von 20.000 € wird ein HV-6-Vermerk angebracht. Die Freigabe der Mittel erfolgt durch Beschluss des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales.

Begründung:

Die Verwaltung will für die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes, der die Grundlage für „bedeutende, zukunftsweisende Entscheidungen“ bildet, externe Unterstützung in Anspruch nehmen. Schulentwicklungsplanung gehört zu den grundlegenden Aufgaben einer Stadtverwaltung. Deshalb überrascht es schon, dass die Verwaltung offenbar nicht über die Kompetenz verfügt, der erforderlich wäre, um diese Planung zu leisten.

Durch Anbringung eines HV-6-Vermerks soll sichergestellt werden, dass der Fachausschuss in die Entscheidungsfindung eingebunden wird und Art sowie Umfang externer Dienstleistungen mitbestimmt.

Alfred Will, sachkundiger Bürger

22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Verwaltungshaushalt
Unterabschnitt 2950 - Sonstige schulsche Aufgaben
Haushaltsstelle 2950.6100 - Finanzierungsanteil - Maßnahme Busschule

An die Haushaltsstelle mit Ausgaben in Höhe von 20.000 € wird ein HV-6-Vermerk angebracht. Die Freigabe der Mittel erfolgt durch Beschluss des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales.

Begründung:

Nachdem das Land sich auch hier seiner Verantwortung entzogen und die Finanzierung eines Projekts eingestellt hat, will die Verwaltung, dass die Stadt für die Finanzierung dieser Maßnahme aufkommt.

Durch Anbringung eines HV-6-Vermerks soll sichergestellt werden, dass der Fachausschuss das verkehrspädagogische Konzept der „Busschule“ zur Kenntnis nimmt und auf dieser Grundlage die Entscheidung darüber trifft, ob und in welchem Umfang sich die Stadt an dieser Maßnahme beteiligt.

Alfred Will, sachkundiger Bürger

22. Februar 2005

Antrag**zum Haushaltsplan-Entwurf 2005**

Betr.: Verwaltungshaushalt
Unterabschnitt 4000 - Allgemeine Sozialverwaltung
Haushaltsstelle 4000.6000 - Projekte - Förderung der Integration von Migranten

Die Haushaltsstelle mit Ausgaben in Höhe von 7.500 € wird gestrichen.

Begründung:

Die Verwaltung beabsichtigt, im Rahmen der so genannten „Stadtstrategie“ eine Inforeihe für türkische Migranten zum Thema „Älter werden in Deutschland“ sowie ein VHS-Seminar zum Thema „Interkulturelle Kompetenz“ zu veranstalten.

Das Konzept einer Stadtstrategie ist dem Rat noch nicht vorgelegt worden. Über die Ergebnisse diverser Untersuchungen muss der Rat erst noch beraten. Eine Entscheidung über die Stadtstrategie steht noch aus. Vor diesem Hintergrund wirkt die Begründung der Verwaltung für diese neu zu veranschlagenden Aussagen wenig stichhaltig.

Die beiden von der Verwaltung vorgeschlagenen Projekte erwecken nicht den Eindruck, Ergebnis einer sorgfältigen, die Hildener Verhältnisse berücksichtigenden Analyse der Situation vor Ort zu sein:

- Da nicht nur türkische Migrantinnen und Migranten in Deutschland älter werden, sollte eine Fokussierung auf Menschen aus bestimmten Herkunftsländern vermieden werden. Statt hier hektische Betriebsamkeit an den Tag zu legen, sollte lieber sorgfältig untersucht werden, ob und wie es gelingen könnte, zu diesem Thema möglichst viele Migrantinnen und Migranten zu erreichen. So könnte auch der bequeme, aber nicht zielführende Weg vermieden werden, Projekte aus anderen Städten einfach nur zu kopieren und damit die örtlichen Gegebenheiten zu verfehlen.
- Ein VHS-Seminar „Interkulturelle Kompetenz“ sollte, sofern Bedarf besteht, von der VHS angeboten werden. VHS-Seminare sind bis heute von der Volkshochschule geplant, organisiert, von der Verbandsversammlung beschlossen, anschließend in den Veranstaltungsplan aufgenommen und über die Verbandsumlage und Gebühreneinnahmen abgerechnet worden. Es besteht keine Notwendigkeit, von diesem bewährten Vorgehen abzuweichen und zur Einzelveranschlagung in Unterabschnitten des Haushaltsplans überzugehen!

Zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten hätte durch deren Beteiligung am städtebaulichen Rahmenplan für die nördliche Unterstadt ein kostenloser Beitrag im Rahmen einer Einwohnerversammlung geleistet werden können! Solange diese elementaren Voraussetzungen in Hilden nicht gegeben sind, verbietet es sich, Geld für Nischenprojekte auszugeben.

Alfred Will, sachkundiger Bürger

22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Verwaltungshaushalt
Unterabschnitt 5600 – Sportplätze, Turn und Sporthallen
(neu) Haushaltsstelle 5600.000.5002 – Sanierung Turnhalle Weidenweg

Es wird eine neue Haushaltsstelle eingerichtet und mit 10.000 € ausgestattet.

Begründung:

Nach Auskunft der Verwaltung in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 9. Februar 2005 ist Feuchtigkeit in den Kellerwänden des Jugendtreffs festgestellt worden. Die Ursache dafür soll nicht an der Folienkonstruktion unter dem Gebäude, sondern eher am Gebäude selbst liegen.

Da in dem Bauwerk am Weidenweg immer wieder Feuchtigkeitsschäden auftreten, sollte der Sanierungsaufwand auch aus Gründen der Haushaltsklarheit und -wahrheit nicht aus dem Budget für die Gebäudeunterhaltung bestritten, sondern separat erfasst und in den Haushalt eingestellt werden. Zu diesem Zweck ist eine neue Haushaltsstelle einzurichten und (zunächst) mit mindestens 10.000 € auszustatten.

Alfred Will, sachkundiger Bürger

22. Februar 2005

Antrag

zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

**Betr.: Verwaltungshaushalt
Unterabschnitt 5800 – Öffentliche Grünflächen
Haushaltsstelle 5800.5100 – Sanierung Baumbestand**

Die Ausgaben für die Sanierung des Baumbestands in Höhe von 10.000 € werden um 10.000 € auf 20.000 € erhöht.

Begründung:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Reduzierung des Haushaltsansatzes um zwei Drittel gegenüber den Haushalten früherer Jahre ist keine angemessene Reaktion auf den Zustand der Bäume in Hilden.

Jeder Euro, der beim Baumschutz gespart wird, führt spätestens dann zu Mehrausgaben, wenn geschädigte Bäume mit hohen Kosten beseitigt werden müssen.

Darüber hinaus könnten durch ausreichende Finanzmittel für die Baumsanierung auch Mehrkosten vermieden werden, die z. B. bei der Regulierung von Beschädigungen anfallen, die durch Straßenbäume entstanden sind.

Durch eine Erhöhung des Ansatzes auf 20.000 € würde sowohl den Sparbemühungen der Verwaltung Rechnung getragen als auch eine angemessene Fortsetzung der Sanierungsarbeiten am Baumbestand gesichert werden.

C. Schnatenberg

Claudia Schnatenberg, Ratsmitglied



22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Verwaltungshaushalt
Unterabschnitt 6100 – Stadtplanung
Haushaltsstelle 6100.6561 – Bauleitplanung

Die Ausgaben für die Bauleitplanung werden um 29.800 € auf 5.000 € gekürzt.

Begründung:

In den vergangenen Jahren standen der Verwaltung für die Bauleitplanung rd. 5.000 € zur Verfügung. Mehrbedarf für diese Aufgabe wurde nicht geltend gemacht.

Mit dem Haushaltsplan 2005 schlägt die Verwaltung vor, diesen Ansatz um rd. 30.000 € zu erhöhen. Begründet wird dieser Ausgabeanstieg mit „Mehrbedarf insbesondere für die Erstellung eines Einzelhandels- und Nahversorgungskonzepts“.

Um Fragen des Einzelhandels und der Nahversorgung kümmert sich der mit städtischen Mitteln unterstützte Stadtmarketing e.V. Mit der ebenfalls aus städtischen Mitteln großzügig finanzierten Stadtmarketing GmbH ist eine weitere Institution vorhanden, in der entsprechendes Know-how vorhanden ist bzw. genutzt werden kann. Die Erstellung eines Einzelhandels- und Nahversorgungskonzepts läge im Interesse dieser Einrichtungen und sollte deshalb auch von diesen finanziert werden.

Franz Schnitzler, sachk. Bürger

22. Februar 2005

Antrag**zum Haushaltsplan-Entwurf 2005****Betr.: Verwaltungshaushalt****Unterabschnitt 6300 – Gemeindestraßen****Haushaltsstelle 6300.5107 – Unterhaltung - Radwege**

Die Ausgaben für die Unterhaltung der Radwege werden um 2.000 € auf 20.500 € erhöht.

Begründung:

In den vergangenen Jahren ständen der Verwaltung für die Unterhaltung der Radwege (Reparaturen, Absenkungen, Material) jeweils 20.500 € zur Verfügung. Minderausgaben sind nicht entstanden.

Mit dem Haushaltsplan 2005 schlägt die Verwaltung vor, diesen Ansatz um 2.000 € zu kürzen. Begründet wird diese Kürzung nicht.

Die „Bürgeraktion Hilden“ hält den Zustand der Radwege in Hilden nicht für so ausgezeichnet, dass eine Kürzung des Haushaltsansatzes vertretbar wäre.

Zur Feststellung des wirklichen Unterhaltungsbedarfs sollte die Verwaltung sich mit dem ADFC in Verbindung setzen.

Franz Schnitzler, sachk. Bürger





22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Verwaltungshaushalt
Unterabschnitt 6800 – Parkeinrichtungen
Haushaltsstelle 6800.5403 – Aufwand – Längere Öffnung TG NovéMesto-Platz

1. Die Ausgaben in Höhe von 46.500 € werden um 23.250 € gekürzt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Vertrag mit der Q-Park-GmbH zum 1.7.2005 zu kündigen.

Begründung

Seit dem 1.9.2003 bezuschusst die Stadt längere Öffnungszeiten (bis 24 Uhr) in der Tiefgarage Nové-Mesto-Platz Monat für Monat mit 3.875 €.

Wie die Verwaltung dem Wirtschaftsförderungs- und Wohnungsbauförderungsausschuss mit SV 26/13 mitgeteilt hat, lag die Nutzung der Tiefgarage im Juni 2004 bei einer durchschnittlichen Zahl von 16 Autos pro Abend und verringerte sich ab September (Schulbeginn) auf durchschnittlich 4 Parker pro Abend. In der ersten Oktoberhälfte wurde das verlängerte Parkangebot durchschnittlich von 6,7 Kurzparkern genutzt.

Die nüchternen Zahlen belegen, dass keine Nachfrage nach längeren Öffnungszeiten in dieser Tiefgarage vorhanden ist. Der Hinweis der Verwaltung auf eine möglicherweise steigende Nutzung als Folge der Eröffnung des Weiterbildungszentrums greift deshalb nicht, weil die Veranstaltungen in diesem Gebäude spätestens um 22 Uhr beendet sein müssen.

Soweit aber – wie von der Verwaltung mitgeteilt – die Gewerbetreibenden einer weiteren Verlängerung der Öffnungszeiten positiv gegenüberstehen, sollte in Zusammenarbeit mit dem Stadtmarketing e.V. und der Stadtmarketing GmbH die Einführung eines umlagefinanzierten Zuschusses der Gewerbetreibenden für verlängerte Öffnungszeiten von Parkhäusern vereinbart werden.

Joachim Thiemann, sachk. Bürger

22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Verwaltungshaushalt
Unterabschnitt 7200 – Abfallbeseitigung
Haushaltsstelle 7200.6202 – Werbekampagne

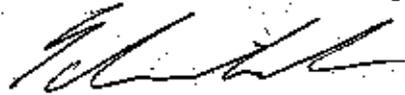
Die Ausgaben in Höhe von 8.000 € werden gestrichen.

Begründung

Im Unterabschnitt 7200 stehen für Öffentlichkeitsarbeit 10.000 € zur Verfügung.

Die Notwendigkeit, zusätzlich 8.000 auszugeben, um mit städt. Müllfahrzeugen eine Kampagne gegen illegale Abfallentsorgung zu führen, ist von der Verwaltung weder in der Vergangenheit noch in den Erläuterungen zum Haushaltsplan überzeugend dargelegt worden.

Darüber hinaus sollte vor der Veranschlagung neuer Maßnahmen im Haushalt geprüft werden, ob auch andere Institutionen zur Mitwirkung herangezogen werden könnten, wie z.B. die Stadtmarketing GmbH.



Franz Schnitzler, sachk. Bürger



22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Verwaltungshaushalt
Unterabschnitt 7710 – Gemeinsamer Bauhof
Haushaltsstelle 7710.6502 – Gutachten/Umstellung AöR

Die Ausgaben für ein Gutachten zum Thema „Umstellung AöR“ in Höhe von 40.000 € werden gestrichen.

Begründung

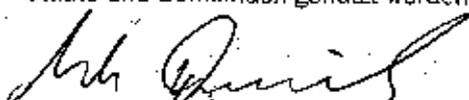
Die Verwaltung begründet diese neue Haushaltsstelle nicht. Wenn die Verwaltung das zu lösende Problem nicht beschreiben kann, dann ist es ihr auch nicht möglich zu prüfen, ob eine von einem externen Gutachter erarbeitete Leistungsbeschreibung ihrem Bedarf entspricht.

Mit Ratsbeschluss vom 18.6.2003 wurde entschieden, im Zuge der Organisationsuntersuchung des Zentralen Bauhofs auch die Frage der Änderung der Rechtsform untersuchen zu lassen. Der Ausschreibungstext wurde entsprechend erweitert. Der an die Firma Kohles, Sauter & Partner erteilte Auftrag umfasste auch diesen Teilbereich.

In einer gemeinsamen Sitzung des Personal- und des Stadtentwicklungsausschusses am 21.7.2004 wurden die Ergebnisse und Empfehlungen der Untersuchung vorgestellt. In einem Vortrag ging der Gutachter ausführlich auf Fragen zur Umgestaltung des Zentralen Bauhofs in eine Anstalt öffentlichen Rechts ein. Er sprach sich für die Umwandlung des Bauhofes in eine AöR aus.

In seiner Antwort auf meine Anfrage in der Ratssitzung am 3.11.2004 bekräftigte der Bürgermeister noch einmal die Absicht der Verwaltung, die Rechtsform des Bauhofes in eine AöR zu ändern. Mit keinem Wort erwähnte der Bürgermeister darin die angebliche Notwendigkeit einer erneuten gutachterlichen Untersuchung!

Da Hilden nicht die erste und nicht die einzige Stadt ist, die – zumindest auf Seiten der Verwaltungsspitze – beabsichtigt, Fachämter in eine AöR auszugliedern, sollte das offenbar fehlende Fachwissen nicht durch teure Gutachten beschafft werden. Stattdessen sollte das Know-how und der Erfahrungsschatz anderer Städte und Gemeinden genutzt werden.



Udo Weinrich, Ratsmitglied

22. Februar 2005

Antrag**zum Haushaltsplan-Entwurf 2005****Betr.: Verwaltungshaushalt****Unterabschnitt 8400 – Stadthalle****Haushaltsstelle 8400.7170 – Zahlungen an die Stadthalle Hilden GmbH**

Die Ausgaben für Zahlungen an die Stadthalle Hilden GmbH werden um 50.000 € auf 50.000 € gekürzt.

Begründung

Die Stadthalle entwickelt sich zu einem Fass ohne Boden:

Die Verwaltung will die Reparatur des Parkettbodens, den Neubezug der Stühle und die Sanierung der Türen- und Fensterflächen mit Ausgaben in Höhe 100.000 € finanzieren. Hinzu kommen 675.000 € „Finanzbedarf“ und 238.890 € für den „Schulendienst“. – Ein „weiterer Bedarf“ in Höhe von 200.000 € für Sanierungen und Erneuerungen ist im Vermögenshaushalt veranschlagt.

In den Erläuterungen weist die Verwaltung darauf hin, dass „zukünftig ein erheblicher Mehraufwand erforderlich sein wird, um die Stadthalle in einem ordnungsgemäßen Zustand zu halten.“

Nach Auffassung der „Bürgeraktion Hilden“ gilt auch hier: Nicht jeder Wunsch kann erfüllt werden. Deshalb sollten die Zahlungen an die Stadthalle um den Betrag gekürzt werden, der für die Reparatur des Parkettbodens und für den Neubezug der Stühle veranschlagt worden ist. Hier handelt es sich um Reparaturen, die auch auf spätere Jahre verschoben werden könnten.

Udo Weinrich, Ratsmitglied

22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Vermögenshaushalt
Unterabschnitt 1100 – Öffentliche Ordnung
Haushaltsstelle 1100.000.9870 – Zuschuss Sanierung Tierheim

Die Ausgaben werden gestrichen. Der Haushaltsausgaberest wird in Abgang gestellt.

Begründung

Seit Jahren „warten“ im Vermögenshaushalt rd. 200.000 € darauf, für die angeblich so dringend erforderliche Tierheim-Sanierung endlich ausgegeben zu werden.

Dieser „Haushaltsausgaberest“ widerspricht offensichtlich der Gemeindehaushaltsverordnung, wonach Ausgaben nur in Höhe der im Haushaltsjahr voraussichtlich zu leistenden Beiträge zu veranschlagen und sorgfältig zu schätzen sind (§ 7).

Vor Jahren hatte die SPD-Fraktion den Wettlauf um die Sympathien der Tierfreunde eröffnet und zur „Chefsache“ erkoren:

„Für die SPD sei wichtig, daß die unhaltbaren Zustände im Tierheim beseitigt würden, sagte deren Fraktionsvorsitzender Jürgen Scholz. Wie die Sanierung im Detail finanziert werde, sei der SPD nicht wichtig.“ (RP, 4.2.1997)

Acht Jahre später schiebt der Rat Jahr für Jahr einen für die Sanierung bewilligten Zuschuss vor sich her – und entzieht das Geld damit einer anderen Verwendung. Während im Verwaltungshaushalt Steuererhöhungen veranschlagt werden, leistet sich Hilden den „Luxus“, einen Haushaltsausgaberest in dieser Höhe Jahr für Jahr vorzutragen.

Nachdem der in der Vergangenheit gewährte Investitionszuschuss immer noch nicht abgerufen worden ist, sollte die Haushaltsstelle gestrichen werden.

Udo Weinrich, Ratsmitglied



16. Februar 2005

Antrag**zum Haushaltsplan-Entwurf 2005****Betr.: Verwaltungshaushalt****Unterabschnitt 7900 – Fremdenverkehr, sonstige Förderung von
Wirtschaft und Verkehr****Haushaltsstelle 7910.6501 – Wirtschaftsförderung**

Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung werden um 10.600 € auf 15.000 € gekürzt.

Begründung:

Seit Jahren begründet die Verwaltung die Notwendigkeit dieser Haushaltsstelle mit Ausgaben für die Teilnahme einer handverlesenen Delegation an der EXPO REAL und für ein so genanntes „Konzept Wirtschaftsförderung“. Über Verlauf und Ergebnis der EXPO REAL wird stets der Mantel des Schweigens gehüllt. Ein „Konzept Wirtschaftsförderung“ wurde bis heute noch nicht vorgelegt. Offenbar erschöpft sich dieses Konzept in der Schaltung von Anzeigen und in der Förderung der Hofberichterstattung im „Wirtschaftsblatt“. Die Subventionierung eines privaten Anzeigenblattes ist nicht Aufgabe kommunaler Wirtschaftsförderung!

Die für 2005 angeblich erforderliche Mehrbedarf von 10.600 € wird von der Verwaltung mit der Notwendigkeit der Erstellung eines „Gutachtens“ begründet. Abgesehen davon, dass diese pauschale Erläuterung nicht dazu angetan ist, für Haushaltsklarheit und -wahrheit zu sorgen, sollte hier die neu gegründete Stadtmarketing-GmbH in die Pflicht genommen werden. Seit 2003 hat sich der städtische Zuschuss in diesem Unterabschnitt verdreifacht – ohne qualitativ messbaren Erfolg. Angesichts der ersten Haushaltslage sollte das Know-how der Stadtmarketing-GmbH, des im Rathaus residierenden Stadtmarketing-Vereins und des Amtes für Wirtschaftsförderung für die Erstellung eines Gutachtens genutzt werden.



Joachim Thiemann, sachk. Bürger

22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Vermögenshaushalt**Unterabschnitt 2200 – Städtische Wilhelm-Fabry-Realschule****Haushaltsstelle 2200.000.9400 – Einzäunung der Beach-Volleyballanlage**

Die Ausgaben in Höhe von 7.000 € für die Einzäunung der Beach-Volleyballanlage werden gestrichen.

Begründung:

Da die Verwaltung zu diesem Haushaltsansatz keine Erläuterung gegeben hat, ist zu vermuten, dass diese Investition im Zusammenhang mit der Errichtung des HAT-Fitnesscenters zu sehen ist, das in unmittelbarer Nachbarschaft zur Schule errichtet wurde.

Wenn Konflikte zwischen Neu- und Altnutzung auftreten, dann hat derjenige für deren Abhilfe zu sorgen, der die „Störung“ verursacht oder zu verantworten hat. „Zustandsstörer“ war hier nicht die Stadt, sondern der Investor. Ausgaben für die Einzäunung einer Beach-Volleyballanlage können deshalb nicht aus städtischen Mitteln bestritten werden.

In konsequenter Anwendung des Verursacherprinzips hätte die Stadt z. B. die Kosten für die Umzäunung des Jugendtreffs am Weidenweg getragen und nicht den Anwohnern auferlegt.

Alfred Will, sachkundiger Bürger

22. Februar 2005

Antrag**zum Haushaltsplan-Entwurf 2005****Betr.: Vermögenshaushalt****Unterabschnitt 2300 – Städtisches Helmholtzy-Gymnasium
Haushaltsstelle 2300.000.9401 – Sanierung Außenanlagen**

An die Haushaltsstelle mit Ausgaben in Höhe von 60.600 € wird ein HV-6.Vermerk angebracht. Die Freigabe der Mittel erfolgt durch Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses.

Begründung:

Der Sanierung der Außenanlagen im Jahr 2005 soll in den Jahren 2006 bis 2008 für rd. 1,5 Millionen € die Fassadensanierung des Hauptgebäudes folgen. Um auszuschließen, dass bei der Fassadensanierung auch die in 2005 zu sanierenden Außenanlagen und Gebäudeinnenhöfe in Mitleidenschaft gezogen werden könnten (Baugerüste etc.), sollte das Projekt vom Stadtentwicklungsausschuss begleitet werden.

In 2005 sollten bei der Sanierung der Außenanlagen nur die Maßnahmen umgesetzt werden, die der Gemeindeunfallverband zwingend verlangt.

Alfred Will, sachkundiger Bürger



22. Februar 2005

Antrag

zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

**Betr.: Vermögenshaushalt
Unterabschnitt 3000 – Kulturpflege (Verwaltung)
Haushaltsstelle 3000.000.6350 – Installation Werbe-Schaukästen**

Die Haushaltsstelle mit Ausgaben in Höhe von 3.000 € wird um 2.000 € auf 1.000 € gekürzt.

Begründung

Die Installation eines Schaukastens im Innenbereich des Bürgerhauses, um darin offenbar für Veranstaltungen zu werben (die Verwaltung liefert leider keine präzise Begründung), ist durchaus sinnvoll.

Allerdings erscheint es vertret- und realisierbar, hier eine preisgünstigere Lösung anzustreben. Die „Bürgeraktion“ hält deshalb eine Kürzung des Haushaltsansatzes für angebracht.

Horst-Dieter Bruch, sachl. Bürger



22. Februar 2005

Antrag

zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Vermögenshaushalt

**Unterabschnitt 4649 – Förderung von Einrichtungen der Jugendhilfe
Haushaltsstelle 4649.011.9400 – Integrative Kindertagesstätte Karnaper
Regenbogen - Umgestaltung von Außenflächen**

An die Haushaltsstelle mit Ausgaben in Höhe von 85.000 € wird ein HV-6.Vermerk angebracht. Die Freigabe der Mittel erfolgt durch Beschluss des Jugendhilfeausschusses.

Begründung:

Die im Zusammenhang mit der erforderlichen Ersatzbeschaffung defekter Spielgeräte geplante Umgestaltung der Außenflächen soll hinsichtlich Umfang und Kostenvolumen im Fachausschuss vorgestellt und erörtert werden.



Ludger Reffgen, Ratsmitglied

22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Vermögenshaushalt
Unterabschnitt 5610 – Bezirkssportanlage
Haushaltsstelle 5610.000.9500 – Bau einer Tribüne

Die Ausgaben in Höhe von 950.000 € für den Bau einer Tribüne werden gestrichen.

Begründung:

Die Bezirkssportanlage wird auch überregional als mustergültig präsentiert. Sie ist zu Recht der ganze Stolz der Stadt Hilden im Sportstättenbau. Dank der Initiative der „Bürgeraktion Hilden“ zum Haushaltsentwurf 2003 wurden Planung und baufache Durchführung der Umwandlung des Tennisplatzes in einen Kunstrasenplatz vorgezogen. Die Sportanlage ist in einem guten Zustand.

Bevor in 2005 wünschenswerte, aber nicht zwingend Substanz erhaltende Umbaumaßnahmen in Angriff genommen werden, sollte erst der bereits bekannte „Sanierungsstau“ auf anderen Sportplätzen abgebaut werden.

Die Verwaltung hat vorgeschlagen, Steuern zu erhöhen. Da passen 945.000 € für eine Tribüne nicht in die finanzpolitische Landschaft.

Die für dieses luxuriöse Prestigeprojekt veranschlagten Kosten haben sich innerhalb eines halben Jahres verdoppelt: Im 2. Zwischenbericht zum „Modernisierungskonzept für Sportplatzanlagen“ hatte die Verwaltung noch mit einem Investitionsvolumen von ca. 400.000 € gerechnet. Damals sollten 1.600 Sitzplätze und nicht – wie gegenwärtig geplant – nur 400 Sitzplätze errichtet werden.

Neu hinzugekommen ist allerdings die Absicht der Verwaltung, im Rahmen dieses Projekts auch 130 qm „Lager- Besprechungs- und Jugendräume“ zu schaffen und diese nicht im Untergeschoss unterzubringen. Dieser Vorschlag dient offenbar auch als Köder, um dem AC Italia einen Wechsel zum Bandsbusch mit der Aussicht auf eine eigene Geschäftsstelle schmackhaft zu machen.

Unter Hinweis auf den hervorragenden Zustand der Bezirkssportanlage, mit Rücksicht auf die angespannte Finanzsituation der Stadt und zum Schutz der Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner kann auf den Bau einer Tribüne verzichtet werden.

Alfred Will, sachkundiger Bürger

22. Februar 2005

Antrag**zum Haushaltsplan-Entwurf 2005****Betr.: Vermögenshaushalt****Unterabschnitt 5600 – Sportplätze, Turn- und Sporthallen****– 5600.192 Sportplatz Furtwänglerstraße –****Haushaltsstelle 5600.192.9503 – Umbaumaßnahmen**

Die Ausgaben in Höhe von 20.000 € für Umbaumaßnahmen werden gestrichen.

Begründung:

Für 20.000 € sollten nach Auffassung der Verwaltung auf diesem Sportplatzgelände „kosmetische“ Umbaumaßnahmen durchgeführt werden:

- Veränderung der Toranlage im Eingangsbereich
- Verbreiterung des Weges zwischen Kunstrasen- und Bambiniplatz
- Beleuchtung des Verbindungsweges vom Naturrasen zum Kunstrasen

Bevor in 2005 wünschenswerte, aber nicht zwingend Substanz erhaltende Umbaumaßnahmen in Angriff genommen werden, sollte erst der bereits bekannte „Sanierungsstau“ abgebaut werden. In Zeiten knapper Kassen ist z. B. die Errichtung einer behindertengerechten Stehstufenanlage auf dem Sportplatz an der Hoffeldstraße wichtiger. Auch der Sportplatz Schützenstraße sollte endlich saniert werden.

Die von der Verwaltung auf dem Sportplatz Furtwänglerstraße geplanten Umbaumaßnahmen können auf spätere Jahre verschoben werden.

Alfred Will, sachkundiger Bürger

22. Februar 2005

Antrag

zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Vermögenshaushalt

Unterabschnitt 5600 – Sportplätze, Turn- und Sporthallen

– 5600.221 Sportplatz Hoffeldstraße –

(neue) Haushaltsstelle 5600.221.9401 – Errichtung behindertengerech. Stehstufenanlage

1. Es wird eine neue Haushaltsstelle für die Errichtung einer behindertengerechten Stehstufenanlage auf dem Sportplatz an der Hoffeldstraße eingerichtet.
2. Die neue Haushaltsstelle wird mit 30.000 € ausgestattet.

Begründung:

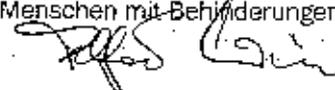
Seit dem 1.1.2004 ist das Gesetz des Landes NRW zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in Kraft. Ziel dieses Gesetzes ist es, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen und zu verhindern sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbst bestimmte Lebensführung zu ermöglichen.

Mit der Errichtung einer behindertengerechten Stehstufenanlage auf dem Sportplatz an der Hoffeldstraße könnte in Hilden ein Beitrag zum Abbau der Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen geleistet werden.

Der Vorstand des VfB Hilden ist an die Verwaltung mit dem Wunsch herangetreten, die vorhandene Stehstufenanlage zu erweitern und zu verbreitern. Die vorhandene Schotterrasenfläche sollte mit einem Pflaster versehen werden. Dadurch würden Zugang und Nutzung – hier insbesondere für Rollstuhlfahrer/innen – erheblich erleichtert werden (siehe: „Modernisierungskonzept für Sportplatzanlagen; 2. Zwischenbericht, S. 7).

Zwar hat auch die Verwaltung die Notwendigkeit dieser Maßnahme erkannt, aber im Haushaltsentwurf dafür keine Mittel eingeplant. Statt diese Benachteiligung zu beheben, sollen die Betroffenen auf spätere Jahre vertröstet werden.

Die „Bürgeraktion Hilden“ hält es für dringend geboten, durch positive Taten für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen zu sorgen.


Alfred Will, sachkundiger Bürger

22. Februar 2005

Antrag

zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Vermögenshaushalt

Unterabschnitt 5600 – Sportplätze, Turn- und Sporthallen

– 5600.314 Sportplatz Schützenstraße –

(neue) Haushaltsstelle 5600.314.9401 – Planungskosten - Sanierung

1. Es wird eine neue Haushaltsstelle für Planungskosten für die Sanierung des Sportplatzes an der Schützenstraße eingerichtet.
2. Für die Planungskosten werden 30.000 € bereitgestellt.

Begründung:

Der seit mehr als 70 Jahren bestehende Sportplatz an der Schützenstraße macht zwar optisch einen gepflegten Eindruck, erhebliche bauliche Mängel sind aber bei genauerem Hinsehen erkennbar:

- Die Spielfeldoberfläche weist bei Regenfällen eine deutliche Pfützenbildung auf, vor allem in der Hauptspielfeldzone, aber auch in den Randbereichen.
- Unebenheiten, größere Trittlöcher, aber auch Durchtritte auf 2-qm-Größe sind vorhanden.
- Ein Dränagesystem scheint nicht vorhanden zu sein.
- Die Strahler der Fluchtlichtanlage entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik.
- Der östliche Zugang an der Jägerstraße ist in einem stark baufälligen Zustand.
- Die vorhandene Stufenanlage ist ebenfalls baufällig. Stehstufen und Kantensteine stehen innerhalb des Sicherheitsbereichs!

Angesichts dieses Zustands lässt sich eine fachgerechte Pflege durch den Verein AC Italia nur schwer durchführen. Der derzeitige Zustand kann nur durch eine umfassende Modernisierung verbessert werden. Der Ansatz für Planungskosten orientiert sich an den von der Verwaltung für den DIN-gerechten Ausbau als Tennisplatz geschätzten Kosten in Höhe von rd. 335.000 €. Eine Modernisierung mit einem Kunstrasenbelag scheidet angesichts der gegenwärtigen Finanzsituation der Stadt aus. Der AC Italia hat bereits mehrfach erklärt, dass er seinen Spielbetrieb auch mit einem sanierten Tennisplatz fortsetzen könnte.

Der Sanierungsbedarf ist vorhanden. Vor diesem Hintergrund muss eine Entscheidung über die Zukunft dieses Sportplatzes schnell getroffen werden. Der AC Italia benötigt Planungssicherheit. Das schließt auch die Suche nach einer Geschäftsstelle ein.

Alfred Will, sachkundiger Bürger





Bürgeraktion Hilden



22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Vermögenshaushalt
Unterabschnitt 6300 – Gemeindestraßen
Haushaltsstelle 6300.000.9606 – Förderung des Fahrradverkehrs

Für die Unterhaltung der Radwege werden 10.000 € veranschlagt.

Begründung:

In den vergangenen Jahren standen der Verwaltung für die Förderung des Fahrradverkehrs jeweils rd. 10.000 € zur Verfügung. Minderausgaben sind nicht entstanden.

Mit dem Haushaltsplan 2005 schlägt die Verwaltung vor, diesen Ansatz auf 0 € zu setzen. Begründet wird diese Kürzung nicht.

Bei der Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans kommt auch der Förderung des Fahrradverkehrs eine große Bedeutung zu. Darüber hinaus ist das Radwegnetz in Hilden keineswegs vollkommen oder so ausgezeichnet, dass eine Rückführung des Haushaltsansatzes auf 0 € vertretbar wäre.

Auch in 2005 sollte die Förderung des Fahrradverkehrs im bewährten Umfang finanziert werden.

Franz Schnitzler, sachk. Bürger

22. Februar 2005

Antrag**zum Haushaltsplan-Entwurf 2005****Betr.: Vermögenshaushalt****Unterabschnitt 6310 – Gemeindestraßen – Einzelmaßnahmen****– 6310.113 – Am Kronengarten****Haushaltsstelle 6310.113.9601 – Maßnahmen im Bereich Kronengarten**

Die Ausgaben für Maßnahmen im Bereich Kronengarten in Höhe von 15.000 € werden gestrichen.

Begründung:

Für die Planung des Bereichs will die Verwaltung 15.000 € veranschlagen. Bedingt durch die Entscheidung für einen handverlesenen Investor ist an dieser zentralen Stelle der Innenstadt leider keine abgewogene, nachhaltige und zukunftsfähige Planung möglich. Die Bürgeranhörung hat bereits deutlich gemacht, dass von einer Konzeption aus „einem Guss“ keine Rede sein kann.

Mit der Streichung dieses Haushaltsansatzes will die „Bürgeraktion Hilden“ nicht generell Maßnahmen im Bereich Kronengarten verhindern. Durch die Streichung der Mittel für diese Planung könnte aber „Stückwerk“ verhindert und zugleich erreicht werden, dass die Wünsche und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger die Stadtentwicklung bestimmen und nicht die Interessen der Investoren.

Franz Schnitzler, sachk. Bürger

22. Februar 2005

Antrag

zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Vermögenshaushalt

Unterabschnitt 6310 - Gemeindestraßen - Einzelmaßnahmen

- 6310.251 - Kirchhofstraße

Haushaltsstelle 6310.251.9600 - Sanierungsarbeiten

Die Ausgaben für Sanierungsarbeiten in Höhe von 17.000 € sollen mit einem HV-6-Vermerk versehen werden. Über die Freigabe der Mittel entscheidet der Ausschuss für Stadtentwicklung.

Begründung:

Am Pinguinbrunnen möchte die Verwaltung den vorhandenen Natursteinplattenbelag ersetzen. Die aktuelle Haushaltssituation führt dazu, dass nicht alles Wünschbare verwirklicht werden kann. Der Fachausschuss sollte darüber entscheiden, ob diese Reparatur zwingend in diesem Jahr durchgeführt werden muss.

Solange keine Unfallgefahr gegeben ist, könnte diese Maßnahme auf spätere Jahre geschoben werden.

Claudia Schnatenberg, Ratsmitglied

22. Februar 2005

Antrag**zum Haushaltsplan-Entwurf 2005****Betr.: Vermögenshaushalt****Unterabschnitt 6310 – Gemeindestraßen – Einzelmaßnahmen****– 6310.282 – Markt****Haushaltsstelle 6310.282.9600 – Umgestaltung des Alten Marktes**

Die Mittel für die Umgestaltung des Alten Marktes in Höhe von 220.000 € werden in der Finanzplanung von 2007 auf 2006 vorgezogen.

Begründung:

Die Verwaltung behauptet, dass eine Realisierung der vom Rat beschlossenen Umgestaltung des Alten Marktes wegen der langfristigen Veranstaltungsplanungen erst 2007 möglich sei.

Diese Veranstaltungsplanung hatte weder Rat noch Verwaltung davon abgehalten, um Landesmittel für die im Rahmen von Workshops erstellte „große Lösung“ zu werben, um dann zügig mit der Umsetzung beginnen zu können. Hätte die Verwaltung bewilligte Landesmittel mit Hinweis auf langfristige Veranstaltungsplanungen nicht abgerufen? – Als Hilfsargument für die Verschiebung der Umgestaltung des Alten Marktes auf spätere Jahre ist diese Begründung nicht geeignet.

Da die Verwaltung die „Weiterführung der Planung“ für Anfang 2005 angekündigt hat, könnte spätestens im nächsten Jahr mit der Umsetzung begonnen werden. Dafür sollte in der Finanzplanung Vorsorge getroffen und damit für die Bürgerinnen und Bürger auch ein klares Signal gegeben werden.

Claudia Schnatenberg

Claudia Schnatenberg, Ratsmitglied

22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Vermögenshaushalt
Unterabschnitt 6310 – Gemeindestraßen - Einzelmaßnahmen
– 6310.320 – Röntgenstraße
Haushaltsstelle 6310.320.9600 – Straßenausbau

Die Ausgaben in Höhe von 195.000 € für den Straßenausbau werden gestrichen.

Begründung:

Die „Bürgeraktion Hilden“ sieht überhaupt keinen Handlungsdruck, in diesem Jahr die Röntgenstraße zu sanieren. Bei der Straße handelt es sich um eine Sackgasse, die keinerlei Erschließungsfunktion für ein großes Wohngebiet hat. Nachdem die Fahrbahn Mitte der 90er Jahre eine neue Decke erhalten hat, ist der Straßenzustand heute immer noch einwandfrei. Die frühere Darstellung der Verwaltung, nach der diese Maßnahme nur eine Lebensdauer von etwa fünf Jahren habe und dann hohe Unterhaltungskosten erfordere, mag für vielbefahrene Durchgangsstraßen zutreffen. Bei der Röntgenstraße indes kann sich jeder vom Gegenteil überzeugen: Die Straße „ziert“ kein einziges Schlagloch.

Dass auch das Gesamterscheinungsbild der kleinen Stichstraße ausgesprochen gut ist, daran hat vor allem die Investitionsbereitschaft der Anlieger großen Anteil, die ihre Häuser in der letzten Zeit zum Teil sehr kostenaufwändig herausgeputzt und damit einen wichtigen Beitrag zur Wohnumfeldverbesserung im Hildener Westen geleistet haben. Vor diesem Hintergrund den Anliegern hohe Kosten für einen zur Zeit nicht erforderlichen Straßenausbau zuzumuten, halten wir für nicht vertretbar.

Im Übrigen drängt sich die Frage auf, inwieweit die Haushaltsgrundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit eingehalten werden, wenn eine intakte Straße für viel Geld „saniert“ werden soll. Denn immerhin müsste die Baumaßnahme, bevor Anliegerbeiträge erhoben werden, aus dem städtischen Haushalt vorfinanziert werden.

Der vorläufige Verzicht auf den Ausbau der Röntgenstraße wäre insgesamt ein gutes Beispiel für bürgerfreundliche Kostenreduzierung und zudem eine angemessene Reaktion auf die schlechte Lage öffentlicher und privater Haushalte.

Ludger Reffgen, Ratsmitglied

22. Februar 2005

Antrag**zum Haushaltsplan-Entwurf 2005****Betr.: Vermögenshaushalt****Unterabschnitt 6330 – Gemeindestraßen-Einzelmaßnahmen****– 6330.010 – Bereich Hofstraße/Neustraße****Haushaltsstelle 6330.9601 – Straßenausbau**

1. Die Planungskosten in Höhe von 50.000 € für den Straßenausbau werden gestrichen.
2. Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 973.000 € (Planungsansatz 2006) wird gestrichen.

Begründung:

Für den Ausbau kann die Stadt zwar Landeszuschüsse in Anspruch nehmen, diese stehen aber noch nicht zur Verfügung. Deshalb brauchen im Haushaltsplan 2005 keine Mittel für Planungskosten und für eine in 2005 kassenwirksam werdende Verpflichtungsermächtigung aufgenommen werden.

Die Maßnahme kann mit den beiden Bauabschnitten insgesamt in die Jahre 2006/2007 verschoben werden.

Ludger Reffgen, Ratsmitglied

22. Februar 2005

Antrag

zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Vermögenshaushalt

Unterabschnitt 6330 - Gemeindestraßen-Einzelmaßnahmen

- 6330.027 - Verbindung Düsseldorfer Straße/Hülsenstraße

Haushaltsstelle 6330.027.9603 - Umgehungsstraße

Die Ausgaben für die Weiterführung der Planung einer Umgehungsstraße in Höhe von 30.000 € werden gestrichen.

Begründung

Das Projekt „Westumgehung“ (ehemalige K 14n) sollte aus folgenden Gründen nicht weiter verfolgt werden:

- Der Grunderwerb ist ungeklärt und auch ungewiss, zumal klare, negative Aussagen eines Grundstücksbesitzers vorliegen und dem Rat mitgeteilt worden sind.
- Die Finanzierung ist ungeklärt.
- Die Entlastungswirkung ist auch nach dem 2. Gutachten bestenfalls als „bescheiden“ zu bezeichnen
- Im Verkehrsentwicklungsplan ist diese Maßnahme nur mit der Prioritätsstufe „2“ enthalten.

Angesichts dieser Fakten ist jeder Euro, der in die Weiterführung dieser Planung gesteckt wird, reine Geldverschwendung. Offenbar scheut die SPD-geführte Verwaltung nur deshalb ein Abrücken von dieser Umgehungsstraße, weil der Bürgermeister zu „koalitionspolitischer“ Rücksichtnahme auf die CDU-Fraktion verpflichtet ist, um seine Mehrheit im Rat zu sichern.

Die Verwaltung sollte die vom Gutachter in den Materialien zur Sitzung der Kleinen Kommission am 27. März 2003 vorgeschlagene Variante 3 - Einbahn-Führung Forst-/Niederstraße - weiter konkretisieren.

Udo Weinrich, Ratsmitglied

22. Februar 2005

Antrag**zum Haushaltsplan-Entwurf 2005****Betr.: Vermögenshaushalt****Unterabschnitt 6320 – Gemeindestraßen-Einzelmaßnahmen****– 6320.232 – Bebauungsplangebiet 232 (Giesenheide) –****Haushaltsstelle 6320.232.9600 – Erschließungskosten – Erstattung an GkA**

Die Verpflichtungsermächtigung für Erstattungen an die GkA, die 2007 in Höhe von 1.824.000 € kassenwirksam werden soll, wird gestrichen.

Begründung

Sowohl in 2005 als auch 2006 rechnet die Stadt nicht mit Zahlungen an die GkA für die Erschließung der Giesenheide als Gewerbegebiet. Begründet wird das nicht nur mit der Fertigstellung des 1. Abschnitts, sondern auch mit dem Hinweis darauf, dass die „weiteren Erschließungsanlagenteile“ von der GkA „nach Bedarf“ fertig gestellt werden. 1995 wurde gerade dieser „Bedarf“, insbesondere die starke Nachfrage nach Erweiterungsflächen für Hildener Betriebe, als Argument für die Notwendigkeit der Umwandlung der „Giesenheide“ in ein Gewerbegebiet herangezogen.

Trotz wiederholter, gegenteiliger Behauptungen der Stadt stehen für ein Gewerbegebiet in der Giesenheide keine Interessenten in einer Schlange vor dem Amt für Wirtschaftsförderung. Immer wieder blieb die Verwaltung konkrete Antworten auf Fragen nach dem Interessentenkreis und nach dem Stand der Vermarktung der Flächen schuldig. Begründet werden die schwachen Vermarktungserfolge der Stadt nun mit angeblich „ehrzeigigen“ Vorgaben, die ansiedlungswillige Betriebe erfüllen müssten. Offensichtlich bereitet die Stadt auch hier ein Abrücken von früheren Aussagen vor.

Da auch die Verwaltung nicht vor 2007 damit rechnet, Erschließungskosten an die GkA zahlen zu müssen, sollte die Erschließung des Gewerbegebiets mit der Fertigstellung des 1. Bauabschnitts beendet werden, um eine Investitionsruine zu verhindern.

Auf der bereits erschlossenen Industriebrache könnte für Hildens Basebatter ein Trainings- und Spielgelände errichtet werden. Skater würden die Erschließungsstraße gerne befahren. Hildens Ruf als Sportstadt würde eine großartige Bestätigung erfahren!

Der bereits angelegte Kreisverkehr könnte von der Fahrschule der Rheinbahn als Übungsgelände für Busfahrer genutzt und einem echten Hörtetest unterzogen werden.



Udo Weinrich, Ratsmitglied



22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Vermögenshaushalt
Unterabschnitt 6700 – Straßenbeleuchtung
Haushaltsstelle 6700.000.9600 – Lichtplanung Innenstadt

Die Ausgaben für die Lichtplanung in der Innenstadt in Höhe von 40.000 € werden gestrichen.

Begründung

Obwohl die Entscheidung des Stadtentwicklungsausschusses noch nicht gefallen war, hat die Verwaltung stillschweigend die Zustimmung vorausgesetzt und hier 40.000 € veranschlagt.

Eine „Lichtplanung Innenstadt“, deren Umsetzung weitere Kosten verursachen wird, gehört auf die Liste der vielleicht wünschbaren, aber angesichts der Haushaltssituation nicht zu vertretenden neuen Maßnahmen. Da Hilden Mehrausgaben in Millionenhöhe verkraften muss, ist es erforderlich, jede neue Maßnahme auf ihre Folgekosten zu prüfen. Da deren Höhe heute noch nicht feststeht, gibt es für eine Zustimmung keine solide Entscheidungsgrundlage.

Dass Hildens Innenstadt an Attraktivität verliert, liegt nicht an fehlender Beleuchtung, sondern an Standortfaktoren (z. B. unzureichendes Kulturangebot, wenig Gastronomie; Stichwort: „Kulturnahnhof“), zu deren Behebung mehr erforderlich wäre als Scheinwerfer. Solange die größten Befürworter der „Lichtplanung“ davor die Augen verschließen und zur Ausweisung weiterer Gewerbeflächen schweigen, sollte wenigstens der Rat nicht jedem Trend hinterherlaufen und stattdessen das Geld der Bürgerinnen und Bürger sparsam verwalten.

Franz Schnitzler, sächk. Bürger

22. Februar 2005

Antrag

zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Vermögenshaushalt

Unterabschnitt 7020 – Stadtentwässerung - Einzelmaßnahmen

– 7020.320 – Röntgenstraße

Haushaltsstelle 7020.9605 – Regenwasserkanal

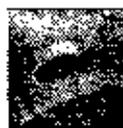
Die Ausgaben in Höhe von 50.000 € für den Bau eines Regenwasserkanals werden gestrichen.

Begründung:

Die „Bürgeraktion Hilden“ sieht überhaupt keinen Handlungsdruck, in diesem Jahr die Röntgenstraße zu sanieren: Bei der Straße handelt es sich um eine Sackgasse, die keinerlei Erschließungsfunktion für ein großes Wohngebiet hat. Nachdem die Fahrbahn Mitte der 90er Jahre eine neue Decke erhalten hat, ist der Straßenzustand heute noch immer einwandfrei. Die frühere Darstellung der Verwaltung, nach der diese Maßnahme nur eine Lebensdauer von etwa fünf Jahren habe und dann hohe Unterhaltungskosten erfordere, mag für vielbefahrene Durchgangsstraßen zutreffen. Bei der Röntgenstraße indes kann sich jeder vom Gegenteil überzeugen: Die Straße „ziert“ kein einziges Schlagloch.

Dass auch das Gesamterscheinungsbild der kleinen Stichstraße ausgesprochen gut ist, daran hat vor allem die Investitionsbereitschaft der Anlieger großen Anteil, die ihre Häuser zum Teil sehr kostenaufwändig herausgeputzt und damit einen wichtigen Beitrag zur Wohnumfeldverbesserung im Hildener Westen geleistet haben. Es drängt sich die Frage auf, inwieweit die Haushaltsgrundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit eingehalten werden, wenn eine intakte Straße für viel Geld „saniert“ werden soll. Die einseitige Abführung des Regenwassers in einem entlang der Straße verlaufenden Kiesbett hat bisher problemlos funktioniert. Immerhin müsste die Baumaßnahme, bevor Anliegerbeiträge erhoben werden, aus dem städtischen Haushalt vorfinanziert werden. Der vorläufige Verzicht auf den Ausbau der Röntgenstraße wäre insgesamt ein gutes Beispiel für bürgerfreundliche Kostenreduzierung und eine angemessene Reaktion auf die schlechte Lage öffentlicher und privater Haushalte.

Ludger Reffgen, Ratsmitglied



22. Februar 2005

Antrag
zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Vermögenshaushalt
Unterabschnitt 7710 – Gemeinsamer Bauhof
Haushaltsstelle 7710.000.9400 – Planungskosten Wertstoffhof

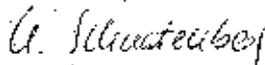
Die Haushaltsstelle mit Ausgaben in Höhe von 25.000 € wird gestrichen.

Begründung

Die Begründung der Verwaltung für diese neue Haushaltsstelle ist nicht ganz nachvollziehbar, denn auch vor Einführung des so genannten „Elektroschrott-Gesetzes“ hat es bereits Wertstoffhöfe gegeben. Deshalb könnte die Stadt auch hier das Know-how anderer Kommunen nutzen.

Die Prüfung der brandschutz-, abwassertechnischen und belüftungstechnischen Fragen kann von den jeweiligen Fachämtern durchgeführt werden, sodass die Inanspruchnahme externer Dienstleistungen nicht erforderlich ist.

Die „Bürgeraktion Hilden“ vermag auf der Grundlage der Erläuterungen der Verwaltung keinen Bedarf für die Bereitstellung von Planungskosten erkennen.



Claudia Schnatenberg, Ratsmitglied

22. Februar 2005

Antrag

zum Haushaltsplan-Entwurf 2005

Betr.: Vermögenshaushalt

Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens (Gruppierungsnummer 34)

1. Nicht mehr benötigte städtische Pkw werden ab sofort nicht mehr in der Stadtverwaltung (hausintern) ausgelobt.
2. Als Beitrag zur Transparenz und zur Realisierung des vollen Marktwerts werden nicht mehr benötigte städtische Dienstfahrzeuge (Pkw, Lkw), Arbeitsmaschinen und Arbeitsgeräte ab sofort öffentlich (z. B. Internet, Presse) zum Verkauf angeboten und meistbietend versteigert.
3. Die Versteigerung findet an einem Wochenende (z. B. im Rahmen der Hildener Autoshow) statt. Je nach Bedarf können auch quartalsweise Versteigerungen anberaumt werden.

Begründung:

Gegenüber der aktuellen Finanzplanung sollen die Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens um rd. 20% auf rd. 1,964 Millionen € steigen. An zahlreichen Stellen im Haushaltsplan sind erwartete Erlöse aus dem Verkauf nicht mehr benötigter städtischer Dienstfahrzeuge veranschlagt.

Setzt man die Verkaufserlöse in Relation zum veranschlagten Kaufpreis für eine Neuanschaffung, dann fallen hier sehr große Diskrepanzen auf: Bei der Haushaltsstelle 5800.000.3450 beträgt der erwartete Verkaufserlös 4,2% des Neupreises, bei der Haushaltsstelle 1300.000.3450 sind es 2,5% der Kosten für die Neuanschaffung, bei der Haushaltsstelle 7000.000.3450 sind es nur noch 1,25% und bei der Haushaltsstelle 7700.000.3450 sogar nur noch 1,1%.

Auf eine entsprechende Anfrage hat der Kämmerer mit Schreiben vom 15.2.2005 Folgendes mitgeteilt:

„Die Ansätze von zu erwartenden Verkaufserlösen bei Fahrzeug- und Geräteverkäufen werden im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bereits bis zu vier Jahre vor dem Verkauf der jeweiligen Einheiten geschätzt.“

Die Schätzung erfolgt auf Grundlage der Erfahrungswerte aus dem Verkauf von Fahrzeugen und Maschinen aus den Vorjahren. Maßgeblich für die Einnahmeschätzung sind dabei u. a. die im Rahmen des Verkaufs von Fahrzeugen und Arbeitsmaschinen von vereidigten Sachverständigen gefertigten Bewertungsgutachten von denen mögliche zukünftige Verkaufserlöse abgeleitet werden. Dienstfahrzeuge und Arbeitsmaschinen werden nach unterschiedlichen Verfahren verkauft. Grundsätzlich wird von vereidigten Sachverständigen für jedes Dienstfahrzeug und auch jede Arbeitsmaschine im Vorfeld des Verkaufs ein Bewertungsgutachten gefertigt.

Pkws hat das Fachamt aufgrund Absprache der Verwaltung mit dem Personalrat der Stadt hausintern auf Grundlage der Bewertungsgutachten auszuloben. Lkws und Arbeitsgeräte werden auf Grundlage der Bewertungsgutachten meistbietend auf dem freien Markt verkauft. Dabei werden alle der Verwaltung bekannten Interessenten (aktuell 23 Gebrauchtfahrzeughändler) angeschrieben und um Angebotsabgabe gebeten.*

Nach Auffassung der „Bürgeraktion Hilden“ sollten grundsätzlich alle Hildener Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, nicht mehr benötigte städtische Dienstfahrzeuge, die mit ihren Steuergehalt ernannt angeschafft worden sind, zu erwerben. So hätte z. B. der Verkaufserlös für das ausgemusterte Dienstfahrzeug des Bürgermeisters möglicherweise deutlich höher ausfallen können als die im Haushaltsentwurf veranschlagten 1.500 € (Haushaltsstelle: 0200.000.3450).

Die Privilegierung städtischer Mitarbeiter/innen durch „hausinterne“ Auslobung ausgemusterteter Pkw ist unter keinen Umständen vertretbar. Sie widerspricht allen Bekenntnissen des Bürgermeisters zur Transparenz. Städtisches Vermögen gehört den Bürgerinnen und Bürgern! Wenn dieses Vermögen privatisiert werden soll, dann müssen alle Bürgerinnen und Bürger die gleiche Chance haben, dieses zu erwerben.

Durch öffentliche Versteigerungen, z. B. im Rahmen der „Autoshow“, könnte möglicherweise mehr als der volle Marktwert dieser Dienstfahrzeuge realisiert werden (Stichwort: Dienst-Pkw des Bürgermeisters).



Udo Weinrich, Ratsmitglied